

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zu halbjährlicher und 7 RM. zu jährlicher Abrechnung. Einzelnummern 10 Pf. (Post 12 Pf.).

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Normzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. (einschl. des 1. Reichsanzeigers). Die 2-spaltige Zeile 10 Rpf., die 1-spaltige Zeile 5 Rpf. (einschl. des 1. Reichsanzeigers). Nachverträge nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 45 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 22. Februar 1930

Rund um den Verhandlungstisch.

Der Reich der Steuererhöhungen. — Kaffee im Meer. Schöber in Berlin.

Es ist ja doch bloß eine Galgenfrist, wenn die Regierung bisher nach vierzehn Tagen endlos langer Verhandlungen sich mit den Koalitionsparteien noch nicht über ein Deckungsprogramm für das Defizit hat einigen können. Dieser Reich der Steuererhöhungen geht ja doch nicht an uns vorüber und wie er auch gefüllt sein mag, — sein Inhalt ist auf alle Fälle überaus bitter. Noch viel bitterer ist er dadurch geworden, daß der versprochene „Jucker“ der Steuererhöhungen von dem steigenden Defizit fortgeschwemmt und in ein Nichts aufgelöst worden ist. Vorläufig hat die Reichsregierung dem deutschen Volke — sozusagen als Kostprobe für den kommenden Trunt — die Kaffee- und Teezollerhöhung kredenziert. „Bescheiden“ ist die Regierung dabei nicht gerade, denn diese Zollerhöhung beträgt für den ungerösteten Kaffee 30 Mark, für den gerösteten und für den Tee 125 bzw. 130 Mark pro Doppelzentner. Beim Tee macht das nicht allzuviel aus, weil pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland nur ein Konsum von 90 Gramm zu verzeichnen ist; beim Kaffee kommt aber schon mehr heraus, denn hier ist der Konsum pro Kopf etwa fünf Pfund. Der Augenblick für diese Kaffeezollerhöhung — das ist ein gewisser Trost im Leid für den Konsumenten — ist übrigens nicht schlecht gewählt: bekanntlich hat die enorme Überproduktion an brasilianischem Kaffee zu einem sehr erheblichen Preissturz geführt, der übrigens sehr viel größer ist als jetzt die Zollerhöhung beträgt. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß der verrostete Kaffee bereits beim Übergang in den Großhandel heute das Doppelte des Vorjahrespreises kostet; beim Tee ist es sogar noch schlimmer. Der Handel hält darum auch — vielleicht nicht ganz mit Unrecht — den Zusammenbruch auf dem Kaffeemarkt für eine vorübergehende Erscheinung; denn möglicherweise schmeißen die Brasilianer genau so wie vor einigen Jahrzehnten ein paar hunderttausend Sach Kaffee ins Meer, um das Angebot zu verringern, die Preise zu halten, — und man erfand dafür das schöne Fremdwort „Kaffeekolonisation“.

Aber diese Zollerhöhung ist wieder eine Verbrauchssteuerung mehr; andere stehen bevor. Denn nur 60 Millionen Ertragssteigerungen sollen durch jene herauskommen und das macht noch nicht einmal den zehnten Teil des Reichsdefizits aus. Beseitigt nur einen Bruchteil der großen Sorgenlast, auf der nicht bloß das Wort „Defizit“ sondern auch das andere „Young-Plan“ steht. Aber das zweite machen sich allerhand Sorgen auch Parlamentarier der deutschen Länder und in Sachsen hat der Young-Plan ja sogar schon das Ministerium Vanger verschlungen. In Preußen zu Nichttrauensanträgen gegen die Regierung und hätte auch in — Mecklenburg-Schwerin bei nahe eine Regierungskrise veranlaßt. In den Länderparlamenten hat man ja auch sonst so seine und eigene bisweilen sonder eigenartige Sorgen! In Bayern, in Mecklenburg-Strelitz, sogar in Preußen und Württemberg — überall gab es Verfassungskonflikte, Appelle an den Staatsgerichtshof, Urteile mit zweifellos großem geistigen Aufwand usw. Sehr verwunderlich ist das gerade nicht, denn die Verfassung des Reichs und der Länder sind vielfach Hals über Kopf geschaffen worden. Seitdem hat sich aber im öffentlichen Leben manches geändert und daher gibt es dann Zusammenstöße zwischen dieser Wirklichkeit und ihren bitteren Erfordernissen auf der einen, dem oft nicht ganz klaren Buchstaben des Verfassungsrechts auf der anderen Seite. Die Tendenz der Leipziger Urteile geht einfach dahin, in Streitfällen solcher Art die Bestimmungen der Reichsverfassung sozusagen als Norm und damit als Ziel für die Länderverfassungen zu gebrauchen, wirkt also in der Richtung einer verfassungsmäßigen Vereinheitlichung. Dadurch wird nichts daran geändert, daß zu einer weitgehenden Befestigung ihrer Rechte den Landesvertretungen kaum genug bleibt. Ein Beispiel dafür: Zurzeit „sitzen“ nämlich auf Antrag dortiger Parteien die Regierungen von Lippe und von Schaumburg-Lippe „auf der Anklagebank“ des Staatsgerichtshofes.

Rechtsvereinheitlichung — wir stehen ja noch in einem viel größeren Rahmen der Versuche dazu. Parallel gehen die Beratungen über die Reform des Strafrechts in Deutschland und in Österreich. Eine „trockene“ Verwirklichung des Anschlussgedankens also, dem nun der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Schöber in Berlin noch eine Fortsetzung auf einem anderen Gebiete folgen lassen will. Auf dem der Wirtschaft nämlich; denn der wichtigste Zweck dieser Reise Dr. Schöbers ist die Vorbereitung der österreichisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen. Als Steiger ist er aus dem Haag zurückgekehrt, nachdem er es dort verstanden hatte, so gut wie alle Nachkriegslasten von den Schultern seines Landes herabzunehmen zu lassen. Weitere Aufräumungsarbeit neben der im Innern — leistete er auf seiner Romreise. Wenn er jetzt handelspolitisch engere und — bessere Beziehungen zu dem großen deutschen Bruder sucht, so weiß man in Deutschland natürlich, daß das heutige Österreich, das 6-Millionen-Volk, uns wirtschaftlich nicht viel geben kann, aber manches Geschenk, manches Zugeständnis er-

Kommen erhöhte Bahntarife?

Die Schwierigkeiten des Young-Plans

Das umstrittene Polenabkommen.

Am Freitag verhandelten die beiden vereinigten Reichstagsausschüsse im Rahmen der Beratungen über den Young-Plan zunächst über das Reichsbahngesetz weiter, dessen Gestalt ungünstig mit der Ausführung der Haager Abmachungen zusammenhängt. Der Beschluß des Reichstages, dem Reichstag die Verabschiedung der Young-Gesetze zusammen mit den Liquidationsabkommen zu übergeben, hat noch immer keine volle Bereinigung der bestehenden Unstimmigkeiten gebracht. Namentlich im Zentrum sollen trotz der Zustimmung seiner Minister im Kabinett die Bedenken gegen eine Vereinigung des Polenabkommens mit dem übrigen Vertragswerk durchaus nicht erloschen sein. Die Fraktion ist sich zurzeit noch nicht einig darüber, ob sie ihren Ministern in der Auffassung der Lage beitreten kann. Ebenso erhebt sich bei der Deutschen Volkspartei der Widerspruch gegen die Einbeziehung des Polenabkommens, wenn auch ihr Mitglied Reichsaussenminister Dr. Curtius die Zusammenfassung der beiden Materien mit seiner ganzen Autorität vertritt.

Ob bis zum Montag alle Hindernisse nach dem Willen der Regierung beseitigt werden können, erscheint fraglich. Der am Montag zusammenreichende Reichstag wird sicher noch manche Steine an seinem Wege finden, ehe er zu einer Verabschiedung der Gesetze gelangt. Auch die Sozialdemokratie deutet an, daß sie für den Young-Plan nicht weniger, aber auch nicht mehr Interesse hätte als die anderen Parteien. Jedenfalls könne von ihr nicht ein besonderes Entgegenkommen etwa finanzieller Art mit Bezugnahme auf die aufrechtzuerhaltenden sozialen Forderungen verlangt werden.

Die Möglichkeit einer Regierungskrise

Berlin, 21. Februar. Die Freitagverhandlungen im Reichstag haben das Schicksal des Polenabkommens immer noch nicht endgültig geklärt. In Regierungskreisen herrscht zwar immer noch ein gewisser Optimismus, doch kann von einer Verminderung der Schwierigkeiten keineswegs gesprochen werden. Im Gegenteil besteht im vereinigten Reichstagsausschuss nach wie vor eine starke Stimmung zugunsten einer Herausnahme des Liquidationsabkommens aus den Youngabmachungen. Ob ein dahingehender Beschluß des Ausschusses eine Kabinettskrise zur Folge haben muß, ist eine Frage, über die das Kabinett noch nicht entschieden hat. Mit der Möglichkeit einer Krise muß in einem solchen Falle immerhin gerechnet werden. Der Vereinigte Ausschuss, der am Sonnabend weiterverhandelt, dürfte kaum vor Anfang nächster Woche

endgültige Beschlüsse fassen. Im übrigen hat der Besuch Schöbers für die Regierung zunächst eine vorübergehende Ablenkung gebracht.

Die Bestimmungen über die Reichsbahn

wurden am Freitag in den vereinigten Reichstagsausschüssen ausführlich behandelt. Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Zender sprach ihr Bedauern darüber aus, daß die Reichsbahn nicht vollständig wieder in das Reichselgentum zurückgebracht werde. Das Reich habe viel zu wenig Einfluß und müsse jedenfalls mehr Rechte in der Reichsbahnverwaltung bekommen. Der völksparteiliche Redner Abgeordneter Dauch meinte, das zu beratende Gesetz sei nicht verfassungsändernd und bedeute keine Verschlechterung gegenüber dem bestehenden Zustand.

Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald

führte aus, unsere Gläubiger hätten nicht verlangt, daß die Tarife alsbald erhöht würden, seien allerdings bestrebt gewesen, den Einfluß des Reiches auf die Tarifgestaltung zurückzubringen und hätten außerdem verlangt, daß Ordnung in die Betriebsrechnungen gebracht würde.

Über eine etwaige Tarifierhöhung will Minister Dr. Stegerwald in diesem Augenblick nicht sprechen; das müsse erst nach Feststellung des Reichsetats geschehen. Ob freilich an eine Senkung der Besondereisensteuer gedacht werden kann, ist sehr fraglich. Die Bemühungen privatwirtschaftlicher Kreise, Einfluß auf die Reichsbahn zu gewinnen, brauche man einzuweisen nicht zu übersehen, da daran auch die Gegenseite kein Interesse habe.

Die Leitung der Zentrumspartei.

Verschiedentlich werden Gerüchte über den Führer der Zentrumspartei, den Prälaten Dr. Kaas, verbreitet, über deren tatsächliche einflussreiche Stellung nichts Näheres zu erfahren ist. Dem Reichstage ist der Abg. Dr. Kaas in der letzten Zeit fast gänzlich ferngeblieben. Als Grund dafür wurden Krankheitserscheinungen genannt. Im Zusammenhang damit sind aber Behauptungen aufgetaucht, Dr. Kaas solle in kurzer Zeit als Kardinal nach Rom berufen werden. Der frühere Kardinalsekretär in Berlin und nunmehrige Kardinalstaatssekretär in Rom, Pacelli, schätze den Prälaten Dr. Kaas überaus hoch und habe den Wunsch, dem jetzigen deutschen Zentrumsführer einen Wirkungskreis im Vatikan zu eröffnen. Ob etwas an diesen Behauptungen Glauben verdient, läßt sich zurzeit nicht übersehen.

hofft, das Deutschland einem anderen Volke als eben der Deutsch-Osterröcher nicht gewähren würde. Nicht wie zwischen zwei hartgepöckelten Kaufleuten also dürften diese Verhandlungen in Anariff genommen werden, sondern wie zwischen zwei Nachbarn, die nur durch eine auf fremdes Gebiet hin errichtete Mauer getrennt sind. Immer in dem Glauben und der Hoffnung, daß einst der Tag kommt, an dem diese Mauer abgerissen werden kann. Neuer Tag, an dem auch in Deutsch-Osterröcher nicht bloß die Melodie, sondern auch der Text der deutschen Nationalhymne erklingen wird.

Hover gegen jede Sicherungsgarantie für Frankreich

Newyork. Nach Meldungen aus Washington lehnte Hoover jede Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Sicherungsgarantie für Frankreich ab. Hoover verwirft sowohl einen Mittelmeerpakt als auch eine Erweiterung des Kelloggpatentes. Die amerikanische Abordnung in London wurde über diese Richtlinien unterrichtet, so daß die Aussichten für günstige Lösung der Konferenzprobleme in London sehr herabgemindert sind.

Das neue französische Kabinett

Paris, 21. Februar. Das neue Kabinett Chaumemps ist endgültig gebildet und hat sich um 7 Uhr im Elysee dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Die Verteilung ist folgende: Ministerpräsident und Inneres: Chaumemps (rad.-soz.), Justiz und Vizepräsident: Steeg (rad.-soz.), Aussen: Briand (soz.-republ.), Finanzen: Dumont (rad.-soz.), Marine: Carrat (rad.-soz.), Krieg: Besnard (rad.-soz.), öffentliche Arbeiten: Daladier (rad.-soz.), Unterricht: Jean Durand (rad.-soz.), Handel: Bonnet (rad.-soz.), Kolonien: Lamoureux (rad. Linke), Handelsmarine: Danielou (rad. Linke), Pensionen: Gallet (rad.-soz.), Luftfahrt: Laurent Conac (rad. Linke), Post: Julien Durand (rad. Linke), Haushalt (neu): Palmade (rad.-soz.) Ebenso sind die bisherigen elf Unterstaatssekretariate beibehalten und fast ausnahmslos wie die Ministerposten mit Radikal-Sozialisten besetzt.

Das neue Kabinett ist also ein ausgesprochen radikales Kabinett und bedeutet nichts anderes als die Wiederaufnahme des Linksartells, denn nach der erfolgten Ablehnung Darbous, sich zu beteiligen, und nachdem drei Fraktionen der Mitte, auf deren Mitarbeit Chaumemps gehofft hatte, nämlich Linksrepublikaner, also die Fraktion Darbous, dann die demokratische Aktion, also die Fraktion Maginot, und endlich die soziale Linke, also die Fraktion Franklin-Bouillon, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Kabinett untersagt hatten, blieb Chaumemps, wenn er seinen Auftrag überhaupt durchführen wollte, nichts anderes übrig, als ein ausgesprochenes Linkskabinett zusammenzustellen. Die Ministerliste zeigt, daß außer der Partei der radikalen Sozialisten, die vorherrscht, nur die Fraktion Laucheurs drei Ministerposten erhalten hat und die kleinen Mittelparteien nur einige Unterstaatssekretärposten. Wenn man von Briand absieht, der längst als parteiloses gelten kann und seit Jahren der einzige ruhende Punkt ist in der Frucht der Erscheinungen, so sind nur drei Minister, nämlich Loucheur, Epnac und Gallet aus dem Ministerium Darbous beibehalten worden. Die Stimmzahl, auf die dieses Kabinett in der Kammer sicher rechnen kann, beträgt ohne die Sozialisten nicht mehr als 200 bis höchstens 225 Stimmen, mit anderen Worten, da die Kammer 611 Abgeordnete zählt, kann das Kabinett ohne die 100 Stimmen der Sozialisten überhaupt nicht einen Tag lang existieren. Die große Anzahl der Senatoren, die dem Kabinett angehören, zeigt, daß Chaumemps dem Kabinett einen möglichst gemäßigten Charakter geben wollte. Das Kabinett wird zweifellos den von der überwältigenden Mehrheit der Kammer gebilligten außerparlamentarischen Kurs, wie ihn Briand vertritt, beibehalten und sich innerpolitisch zunächst vor allem mit der Abwicklung des Budgets, für das ein eigenes neues Ministerium errichtet wurde, beschäftigen und durch weitgehende Steuererleichterungen die Sympathie der öffentlichen Meinung zu gewinnen suchen. Das neue Kabinett wird, wie man hört, sich am Dienstag mit seinem Programm dem Parlament vorstellen. Ein langes Leben kann man ihm keinesfalls voraussagen.

Die preussische Regierung gerettet

Berlin, 21. Februar. Nach Ablehnung des mit der Ernennung Gimmes zum Kultusminister begründeten Mißtrauensvotums lehnte der Landtag auch den zweiten Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten, den die Deutschnationalen einge-